Y. **Berlin**, 5. April. (Telegramm.) Das Aeltesten-Collegium der Kaufmannschaft von Berlin hielt heute eine außerordentliche Plenarsitzung ab, um den Bericht seines Präsidenten über die Audienz entgegenzunehmen, welche derselbe gemeinsam mit Oberbürgermeister Zelle beim Reichskanzler über die im Jahre 1896 oder 1897 in Berlin zu veranstaltende **deutsch-nationale Gewerbeausstellung** gehabt hat. Der Bericht besagt, daß die Reichsregierung gegen eine deutsch-nationale Gewerbeausstellung wichtige Bedenken trägt und daher nicht in der Lage sei, diese Bestrebungen zu unterstützen. Daraufhin beschloß das Aeltestencollegium, dem Magistrat auf dessen Anfrage vom 31. v. M. zu erwidern, daß es unter den gedachten Umständen annehmen müsse, daß der Magistrat auf ein Zusammengehen mit dem Aeltestencollegium zu einer deutsch-nationalen Gewerbeausstellung verzichte.

B. **Berlin**, 5. April. (Privattelegramm.) Der „Localanzeiger" meldet aus Abbazia: Heute früh ist hier der **japanesische Thronfolger** angekommen; er wurde im Laufe des Vormittages vom Kaiser Wilhelm in Audienz empfangen. (Der japanesische Thronfolger Prinz Joshihito Harunomiya ist am 31. August 1879 geboren; er wurde am 3. November 1889 zum Thronerben erklärt. Red.)

— Die „Pommersche Oekonomische Gesellschaft" hat in ihrer Generalversammlung dem Antrag angenommen, daß die wirthschaftliche Vereinigung im Reichstage einen Antrag auf einen Wollzoll einbringen möge. Der Antragsteller, Herr v. Diest-Daber, berief sich darauf, daß ihm vor Kurzem in Berlin von einer hohen und maßgebenden Stelle, die mit einem M. anfange, eine Aufmunterung in dieser Richtung zu Theil geworden sei. (Von Miquel? D. Red.) Wenn die wirthschaftliche Vereinigung einen Antrag auf einen Wollzoll einbringe, werde ihm die Regierung keinen Widerstand entgegensetzen. (?)

* **Kiel**, 5. April. (Telegramm.) Das Panzerschiff „König Wilhelm" ist vor Apenrade auf den Grund gerathen. Die Panzer „Deutschland" und „Friedrich der Große" haben die üblichen Abschleppversuche gemacht. Weitere Hülfe ist von Kiel abgegangen.

* **Kiel**, 4. April. Der Landtagsabgeordnete des Wahlkreises Kiel, Landgerichtsrath Groth, hat am 2. d. Mts. im „Nationalliberalen Verein" einen Vortrag über die politische Lage gehalten, aus dem wir nach der „Nord-Ostsee-Ztg." Folgendes wiedergeben:

„Thatsache ist, daß heutigen Tages in unserm Staatswesen eigentlich nur ein Einzelwille maßgebend ist, und ich halte das um so bedenklicher für unser öffentliches Leben, als der Ausdruck dieses Willens sich verbirgt hinter dem Mantel des constitutionellen Lebens. Es liegt mir durchaus fern, irgendwie dem Wunsche Ausdruck zu geben, daß die Macht des Trägers der Krone in irgend einer Weise eingeschränkt werden müsse. Im Gegentheil, ich halte dafür, daß der Träger der Krone ein durchaus maßgebender Factor bei der Gestaltung unserer Gesetzgebung und dem gesammten öffentlichen Leben sein soll, aber wir sind in früheren Jahren gewohnt gewesen, daß der Träger der Krone seine Maßnahmen faßte nach durchaus gründlicher Berathung im Kreise der von ihm berufenen Rathgeber, und ich glaube, nach dieser Richtung ist eine wesentliche Aenderung eingetreten. Unser jugendkräftiger Monarch, getragen von einem starken Selbstbewußtsein, faßt oftmals gewissermaßen spontan seine Entschlüsse, und verlangt von seinen Ministern, daß sie mit seinen Anschauungen sich dann abzufinden haben. Man mag es für unbedenklich halten, daß der Monarch so thatkräftig eingreift, bedenklich scheint es mir immerhin, wenn diese persönliche Initiative sich so weit ausdehnt, daß direct versucht wird, auf die übrigen Factoren der Gesetzgebung einzuwirken und dadurch der Träger der Krone in den Parteizwist hineingezogen wird. Ich sehe darin eine große Gefahr für unser öffentliches Leben."

* Abg. Groth hat mit diesen Ausführungen ohne Zweifel der Ansicht weiter Kreise Ausdruck gegeben.

* **Flatow**, 4. April. Zu der bevorstehenden Reichstags-Nachwahl werden, der „Danz. Ztg." zufolge, drei conservative Candidaten aufgestellt werden. Die Freunde des Grafen Kanitz, der bekanntlich sein Mandat niedergelegt hat, wollen ihm ihr Vertrauen dadurch documentiren, daß sie ihn wieder als Reichstagscandidaten aufstellen. Der Bund der Landwirthe des Schlochauer Kreises hat den Rittergutsbesitzer Hilgendorf-Platzig als Candidaten proclamirt. Der dritte conservative Candidat ist der Rittergutsbesitzer R. Schrader auf Zechlau, welcher Aufruf über Aufruf erläßt und die Wähler auffordert, ihre Stimmen auf ihn zu vereinigen.

* **Mannheim**, 4. April. Eine Versammlung von Weinbauinteressenten aus Preußen, Bayern, den Reichslanden, Württemberg, Baden und Hessen schloß sich in der Frage der Weintraubenversicherung, welche die Norddeutsche Hagelversicherungs-Gesellschaft vorschlug, der gestern gefaßten Resolution des deutschen Weinbauvereins an, wonach eine derartige Versicherung in den Weinbaubezirken keinen Anklang finde und es deshalb nicht rathsam sei, damit vorzugehen.

* **Stuttgart**, 6. April. (Telegramm.) Die Trauung des Prinzen Johann Georg und der Prinzessin Maria Isabella begann um 11 Uhr im Saale des kronprinzlichen Palais durch den Rottenburger Bischof Reiser. Darauf fand im Empfangssalon des königlichen Palais eine Defilircour statt. Das Brautpaar reist um 4 Uhr nach Constanz. Prinz Georg von Sachsen, das Prinzenpaar Friedrich August, Prinzessin Mathilde und Prinz Albert reisen 6 Uhr 26 Min. nach Dresden ab. Die Königin von Sachsen reist 9 Uhr 2 Min. nach Baden-Baden.

* **Stuttgart**, 4. April. Rechtsanwalt Dr. Schall ist zum Director bei der hiesigen Lebensversicherungs- und Ersparnißbank bestimmt worden. Dr. Schall legt die Anwaltspraxis nieder und scheidet aus der Vorstandschaft der Deutschen Partei wie aus dem Stuttgarter Gemeinderath statutengemäß aus.

* **München**, 5. April. (Telegramm.) Die Kammer der Abgeordneten hat nach längerer Debatte mit großer Mehrheit den Ausschußantrag auf Giltigkeitserklärung der Nürnberger (socialdemokratischen) Abgeordnetenwahlen angenommen.

Oesterreich-Ungarn.

* **Wien**, 5. April. (Telegramm.) In einer Versammlung der ausständischen Gasarbeiter theilte der Arbeiterführer Dr. Adler mit, daß gegen die Gasgesellschaft eine Strafanzeige wegen Verbrechens der öffentlichen Gewaltthätigkeit erstattet worden sei, weil die neuaufgenommenen Arbeiter unter Angabe eines höheren Arbeitslohnes in die Gaswerke gebracht und dort gegen ihren Willen festgehalten worden seien.

* **Abbazia**, 5. April. (Telegramm.) Kaiser Wilhelm empfing heute Vormittag den hier eingetroffenen Prinzen Komatsu von Japan. — Der deutsche Kaiser wird auf besonderen Wunsch Kaiser Franz Joseph's in der Wiener Hofburg absteigen.

* **Prag**, 4. April. Der Redacteur des czechischen Antisemitenblattes, Huschek, veröffentlicht eine Nachricht, wonach in Chotzen der Schächter Loewy einem Christen, dem „braven" Horky, zu rituellen Zwecken Blut abgezapft und demselben 2 fl. gegeben habe. Bei der Gerichtsverhandlung erklärte Horky, ein notorischer Säufer, der an Hallucinationen leidet, die ganze Geschichte erfunden zu haben. Huschek wurde zu vierzehn Tagen mit zwei Fasttagen verschärften Kerkers verurtheilt.

* **Przemysl** (Galizien), 5. April. (Telegramm.) Im Gebäude des griechisch-katholischen Domcapitels wurde eine Bombe mit brennender Lunte aufgefunden, aber noch rechtzeitig von der Dienerschaft unschädlich gemacht. Die Polizei trifft umfassendste Maßregeln zur Auffindung des Thäters. Man glaubt, daß das Attentat von der jungruthenischen Partei ausgeht und gegen altruthenische Mitglieder des Domcapitels gerichtet war.

Frankreich.

* **Paris**, 5. April. (Telegramm.) Sämmtliche Blätter verurtheilen sehr heftig das gestrige Attentat. Das „Journal des Débats" schreibt, das Attentat habe unter denselben Verhältnissen stattgefunden, wie dasjenige im Terminus-Hotel. „L'Indépendance" sagt, das Attentat sei ebenso odiös wie einfältig gewesen. Die Aufregung unter der Bevölkerung dauert fort.

* **Paris**, 5. April. (Telegramm.) Eine Reise des Generals Mercier wird von einigen Blättern mit der Errichtung des neuen XX. Armeecorps, dessen Stab in Dijon steht, in Zusammenhang gebracht. — General Trochu, welcher während des Krieges von 1870/71 Commandant von Paris war, ist schwer erkrankt. Derselbe ist 80 Jahre alt.

Schweiz.

* **Bern**, 5. April. (Telegramm.) Im Nationalrath hat der Deputirte Zschokke beantragt, behufs möglichster Verhütung von anarchistischen Attentaten die Fabrikation sämmtlicher Sprengstoffe für ein Bundesregal zu erklären und den Verkauf und den Verbrauch von Sprengstoffen unter eidgenössische Controle zu stellen.

Italien.

* **Rom**, 4. April. Die Finanzcommission nahm heute ihre Berathungen wieder auf und entschied definitiv, den Fehlbetrag für das neue Etatsjahr um 50 Millionen zu kürzen. Ueber alle anderen Puncte wurde die Beschlußfassung noch ausgesetzt, um nochmals den Minister zu hören. Anscheinend ist die Commission gewillt, ihren Gegenvorschlag zu modificiren und unter Anderem eine Umlaufssteuer für Rente vorzuschlagen. Man nimmt an, daß der Commissionsbericht Mitte April der Kammer zugehen wird.

* **Rom**, 5. April. (Telegramm.) Heute fand der Schluß des internationalen medicinischen Congresses in einer allgemeinen Sitzung statt, die zu einer beredtsamen Kundgebung, Herzlichkeit und Achtung für Italien, dessen Herrscherpaar und Rom sich gestaltete. Der Saal des „Eldorado" war von einer sehr großen Zahl von Congreßtheilnehmern gefüllt. In der Schlußrede führte der Unterrichtsminister Baccelli unter lebhaftem Beifall aus: Die zum Congresse nach Rom Gekommenen haben bestätigt, daß es für hervorragende Geister ein höheres Vaterland, die Wissenschaft, giebt. Als Sitz des XII. medicinischen Congresses schlug er Rußland vor; man solle der russischen Regierung die Wahl des Congreßortes selbst überlassen. Baccelli schloß mit warmen Abschiedsworten an alle Congreßtheilnehmer. Danilewsky erklärte im Namen der russischen Regierung die Annahme von Baccelli's Vorschlage, dem die Versammlung per Acclamation zustimmte. Nachdem die Vertreter der ausländischen Congreßcomités Ansprachen gehalten, in denen sie Italien und der italienischen Regierung den herzlichsten Dank der fremden Congreßtheilnehmer aussprachen, dankte Baccelli denselben, indem er betonte, die Eintracht der Wissenschaft habe stets die schönsten Früchte getragen. Darauf wurde die Sitzung unter herzlichen gegenseitigen Zurufen und Händeschütteln der Theilnehmer aufgehoben.

* **Catania**, 5. April. (Telegramm.) Der Erzbischof Ferdinand Dusmet ist gestorben. (Wiederholt.)

* **Venedig**, 5. April. (Telegramm.) Der hiesige Präfect wurde officiell von dem bevorstehenden Besuch des deutschen Kaiserpaares und des italienischen Königspaares verständigt. Entgegen den Blättermeldungen erhält sich das Gerücht, daß der Ministerpräsident Crispi den König begleiten werde.

Spanien.

* **Madrid**, 5. April. (Telegramm.) Bei Eröffnung der Cortes waren umfassende Maßregeln gegen anarchistische Anschläge getroffen worden. Auf den Tribünen hatte sich nur wenig Publicum eingefunden. Die Mitglieder des Cabinets wohnten der Eröffnung in großer Uniform bei. Sagasta erklärte kurz, die Regierung werde die frühere Wirthschaftspolitik weiter verfolgen und bat sämmtliche Parteien um ihre Unterstützung. Die Hauptaufgabe des Cabinets sei, das Gleichgewicht im Haushaltsetat herzustellen und sich der größten Sparsamkeit zu befleißigen, damit der Credit Spaniens wieder erhöht werde. Republikaner und Conservative kündigten sofort eine Interpellation an, welche Sagasta annahm.

Großbritannien.

* **London**, 5. April. (Telegramm.) Anläßlich seiner liberalen Kundgebung in Huddersfield hielt der Minister Asquith gestern Abend eine Rede, worin er sagte, das gegenwärtige Ministerium gedenke weiter als jede frühere Regierung in dem Bestreben zu gehen, die Lage der Arbeiterclassen zu verbessern. Zur gehörigen Entwickelung dieser Politik müsse der Wählerkreis wesentlich erweitert, der parlamentarische Apparat durch Anwendung des Uebertragungs-Grundsatzes verbessert und irgend eine Methode gefunden werden zur Beseitigung der unerträglichen Hindernisse, welche das Oberhaus dem Fortschritt und der volksthümlichen Gesetzgebung bereite. Die Frage der Reform des Oberhauses sei nunmehr in den Bereich der praktischen Politik des Tages getreten.

* **London**, 5. April. (Telegramm.) Die Meldung der Zeitungen, daß die Königin Victoria die Absicht habe, ebenfalls nach Abbazia zu gehen, wird von Hofkreisen als erfunden bezeichnet.

Schweden und Norwegen.

* **Christiania**, 5. April. (Telegramm.) In einer Versammlung der Delegirten der der Linken angehörigen Vereine beantragte der Parteivorstand eine Resolution, in welcher die Durchführung des Storthingbeschlusses, betreffend das Consulatswesen, sowie ein eigenes norwegisches Ministerium des Auswärtigen und allgemeines Wahlrecht gefordert wurde. Die Berathung der Resolution wurde auf eine spätere Sitzung verschoben.

Dänemark.

* **Kopenhagen**, 5. April. (Telegramm.) Das Gendarmeriecorps wurde nach der Verwerfung des Gendarmerieprovisoriums im Folkething sofort entlassen. Die Löhnung wurde demselben bis zum 1. Juli bezahlt.

Orient.

* **Sofia**, 5. April. (Telegramm.) Infolge Differenzen mit Stambulow soll die Demission des Kriegsministers bevorstehen.

* **Belgrad**, 5. April. (Telegramm.) Garaschanin erklärt im „Odelo", so lange das Cabinet Nikolajewitsch seinen neutralen Charakter bewahre, wolle er dasselbe aufrichtig unterstützen. — Die Regierung richtete eine Note nach Sofia, worin die Anschuldigung, serbische Grenzwächter hätten den jüngsten Zwischenfall an der bulgarischen Grenze provocirt, zurückgewiesen wird. Die genaue Untersuchung hat vielmehr ergeben, daß die serbischen Grenzwächter von den Bulgaren angegriffen worden seien, wobei von den Ersteren einer getödtet und auf bulgarisches Gebiet geschleppt wurde, um die Schuld von den Bulgaren abzuwälzen.

* **Bukarest**, 5. April (Telegramm.) Das Parlament wird heute geschlossen.

Asien.

* Das schwedische Generalconsulat in Shanghai meldet unterm 4. April aus Stockholm, daß die norwegische Missionsstation in Hing von den Chinesen zerstört worden ist. Die Missionaire konnten sich retten. Näheres fehlt.

Amerika.

* **Washington**, 4. April. Repräsentantenhaus. Bei der heute wiederholten Abstimmung über die Vorlage, betreffend die Silberprägung, erlangten die Anhänger der Vorlage nicht die Zweidrittel-Majorität, welche erforderlich ist, um das Veto des Präsidenten unwirksam zu machen. (Wiederholt.)

* **New-York**, 5. April. (Telegramm.) Die letzten Meldungen über den Streik im Westen Pennsylvaniens lauten beunruhigend. Heute werden ernste Conflicte befürchtet; die Frick'schen Werke werden von 3500 streikenden Arbeitern umlagert. Die Beamten der Firma befinden sich im Gebäude, die Streikenden, welche einen Ingenieur getödtet haben, wurden von der bewaffneten Macht verfolgt und eingeholt. Dabei entspann sich ein Kampf, wobei 10 ungarische Arbeiter getödtet wurden.

* Nach einer Meldung des „Reuter'schen Bureaus" aus Santiago ist die Ministerkrise beendet. Das neue Cabinet ist aus Liberalen und Radicalen zusammengesetzt. Keyes übernimmt den Vorsitz im Ministerium und das Ressort des Innern, Fretacillua das Auswärtige, Mazivor die Finanzen. (Tel. wiederholt.)

Reichstag.

§§. **Berlin**, 5. April. Während die diätenbeglückten Landboten bereits am Dienstag ihre Arbeiten wieder aufnahmen, haben für die Reichstagsabgeordneten die Osterferien erst heute ihr Ende erreicht. Auf der Tagesordnung stehen zwei Interpellationen. Am Regierungstisch hat Graf Caprivi pünctlich seinen Platz inne, Herr v. Bötticher, Frhr. v. Marschall, Graf Posadowsky, Freih. v. Berlepsch und Graf Hohenthal sind zur Stelle nebst vielen anderen Mitgliedern des Bundesraths. Denn es ist Donnerstag, der Tag, an welchem der Bundesrath seine regelmäßigen Sitzungen, bekanntlich ebenfalls im Reichstagsgebäude, abhält. Auch die Bänke des Hauses sind nicht gerade schlecht besetzt; man ist ja im Reichstage bezüglich der Präsenz nicht zu anspruchsvoll und schon zufrieden, wenn die Zahl der Anwesenden nicht gar zu sehr zurückbleibt hinter der Beschlußfähigkeitsziffer. Die Sitzung begann erst um 2 Uhr. Das ist auch eine alte Sitte oder Unsitte des Reichstags, für die es keinen stichhaltigen Grund giebt und wogegen seit Jahren vergeblich angekämpft wird, daß die Plenarsitzungen fast niemals vor 1 Uhr beginnen — wozu noch ein reichliches „akademisches Viertel" geschlagen wird — während im Abgeordnetenhause, wie im Herrenhause, die Sitzungen regelmäßig um 11 Uhr eröffnet werden, dafür aber auch spätestens um 4 Uhr schließen. Im Reichstag aber erfolgt auch der Schluß der Sitzung meist erst um 6 Uhr oder noch später. Der frühere Beginn der Sitzung ist den Berathungen entschieden förderlich, denn die Parlamentarier sind, wie andere Sterbliche auch, am Vormittag frischer, und der frühere Schluß der Sitzungen ermöglicht überhaupt eine bessere Eintheilung des Tages. Vielleicht erfolgt mit dem Umzug in das neue Haus am Königsplatz, welcher bereits im Herbst dieses Jahres erhofft wird, in dieser Beziehung die gewünschte Aenderung. — Die heutige Debatte wurde eröffnet mit der Anfrage des Abg. Osann über die Fortdauer des Sonntagsunterrichts an den Fortbildungsschulen. Nach der Bestimmung der Gewerbeordnung soll bekanntlich dieser in den Vormittagsstunden des Sonntags stattfindende Unterricht mit dem 1. October d. J. überall da fortfallen, wo er mit dem kirchlichen Bedürfnisse der Fortbildungsschüler collidirt. Die Bemühungen, die kirchlichen Behörden zu einem Entgegenkommen in der Hinsicht zu bewegen, daß für die Fortbildungsschüler ein eigener Gottesdienst eingerichtet werde, waren nur theilweise von Erfolg gekrönt, andererseits läßt die Organisation unseres Gewerbelebens eine Verlegung des Fortbildungsunterrichts auf die Wochentage nicht zu; so ist denn die Gefahr nahe gerückt, daß diese so segensreiche Institution in ihrer Fortentwickelung, ja ihrem Bestande überhaupt bedroht wird, wenn die Gesetzgebung hier nicht Abhilfe schafft; die Anregung hierzu sollte der ebenerwähnte Antrag der nationalliberalen Fraction geben, in deren Namen Herr Dr. Osann für den Fortbestand dieser Schulen an Sonntagen aus culturellen und ethischen Gründen aufs Wärmste eintrat. — Staatssecretair des Innern v. Bötticher würdigte in jeder Hinsicht die von dem Interpellanten hervorgehobenen Gesichtspuncte, betonte aber auch, daß die Verhandlungen mit den kirchlichen Behörden nur mühsam vorwärts kämen und die preußische Regierung im Interesse der Sache beim Bundesrathe die Verlängerung des in der Novelle zur Gewerbeordnung festgesetzten Termins bis zum 1. October 1897 beantragen werde, in der sicheren Hoffnung, bis dahin zu einer Verständigung mit den kirchlichen Behörden gelangen zu können. Wenn Herr v. Bötticher die Erwartung hatte durchblicken lassen, die Angelegenheit mit dieser Erklärung vorläufig erledigt zu haben, so wurde er in dieser Voraussetzung sofort enttäuscht durch den vom Abg. Freih. v. Manteuffel (dcons.) gestellten und aus dem Hause genügend unterstützten Antrag auf Besprechung der Interpellation. — Abg. v. Stumm (Rp.) erklärte sich gegen eine weitere „Verschleppung" der Angelegenheit und für eine Verlegung des Sonntagsunterrichtes auf den Nachmittag, ein Auskunftsmittel, das er für sehr gut durchführbar hielt und das weitere Verhandlungen mit den Kirchenbehörden überflüssig mache. Der preußische Handelsminister v. Berlepsch bedauerte, daß sich ein Compromiß zwischen der kirchlichen Forderung der Sonntagsheiligung und der Unentbehrlichkeit des Sonntagsunterrichts, namentlich im Zeichnen, trotz dreijähriger Bemühungen noch nicht habe erzielen lassen. Andererseits bestritt er, daß daraus auf die gänzliche Unmöglichkeit einer Verständigung mit den Kirchenbehörden geschlossen werden müsse, und empfahl nochmals dringend die von der preußischen Regierung angekündigte Fristerstreckung. Der Centrumsredner Dr. Bachem vertrat die Ansicht, daß eine Verlegung des Fortbildungsschulunterrichts auf die Wochentage nicht nur möglich, sondern auch zweckmäßig sei, und pries, wie das von einem klerikalen Politiker wohl selbstverständlich, das Entgegenkommen der katholischen Geistlichkeit, das sich zu einem besonderen Gottesdienst für die Fortbildungsschüler verstanden habe. Schließlich kündigte er die Opposition des Centrums gegen den von der Regierung vorbereiteten Gesetzentwurf an. — Der Abg. Dr. Al. Meyer (von der Freisinnigen Vereinigung), dem als Mitglied der Berliner Schuldeputation reichliche Erfahrungen in dieser Frage zu Gebote stehen, trat wärmstens für den Sonntagsunterricht ein und nahm überdies die Berliner Communalbehörden sehr energisch gegen den Vorwurf des Abgeordneten v. Stumm in Schutz, daß sie sich eine Verständigung mit den Kirchenbehörden nicht hätten angelegen sein lassen. Im Gegentheil hätten die letzteren sich allen städtischerseits gemachten Vorschlägen unzugänglich erwiesen. — Den Standpunct der kirchlichen Behörden bemühten sich die Abgeordneten Kropatscheck und Schall zu rechtfertigen, während der Socialdemokrat Wurm den Fortbildungsunterricht auf die Vormittage der Wochentage verlegt wissen wollte. Nachdem noch Moeller die Interpellation ähnlich wie Osann vertreten, wurde die Debatte geschlossen. Morgen steht die Interpellation Kardorff wegen Ausprägung der Silbermünzen auf der Tagesordnung.

C. H. **Berlin**, 5. April.

74. Sitzung vom 5. April, 2 Uhr.

Am Tische des Bundesraths: Graf Caprivi, Dr. von Boetticher, Frhr. v. Marschall, Graf Posadowsky, Freiherr v. Berlepsch, Dr. Koch.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die folgende Interpellation der Abgg. Dr. Osann, Dr. Paasche und Moeller-Dortmund (natlib.):

„Die Unterzeichneten fragen hierdurch an: 1) Erkennen die Verbündeten Regierungen an, daß nach den an vielen Orten hervorgetretenen Schwierigkeiten vom 1. October 1894 an der Fortbestand und die gesunde Entwickelung der für den gewerblichen Mittelstand unentbehrlichen Fortbildungsschulen in vielen Theilen Deutschlands ernstlich gefährdet ist? — 2) Beabsichtigen die Verbündeten Regierungen noch in dieser Session dem Reichstage eine Gesetzesvorlage zu unterbreiten, welche diese Gefährdung des Fortbildungsschulunterrichts beseitigt, ohne die religiösen Interessen zu schädigen?"

Staatssecretair Dr. v. Boetticher erklärt sich bereit, die Interpellation sofort zu beantworten. Zur Begründung derselben erhält das Wort

Abg. Dr. Osann (natlib.): Nach der Novelle zur Gewerbeordnung ist der Fortbildungsschulunterricht nur gestattet, wenn die Unterrichtsstunden so gelegt werden, daß die Schüler nicht gehindert werden, den Hauptgottesdienst oder einen mit Genehmigung der kirchlichen Behörden für sie eingerichteten besonderen Gottesdienst ihrer Confession zu besuchen. Ausnahmen davon sind nur bis zum 1. October 1894 gestattet. Von diesem Tage an ist somit der Fortbestand einer großen Zahl von Fortbildungsschulen gefährdet, da es nicht gelungen ist, mit den Kirchenbehörden eine Vereinbarung über die Verlegung des Hauptgottesdienstes zu treffen. Es liegt aber kein Grund vor, die Sonntagsruhe auch auf die geistesbildende Thätigkeit der Schule auszudehnen, zumal würden Leute die Fortbildungsschulen überhaupt nur an Sonntagen besuchen können. Gerade der Sonntagsunterricht ist für die kleinen Handwerker von dem größten Werth. Diejenigen, die eine Fortbildungsschule besuchen, können auch in den Nachmittags-Gottesdienst gehen. Freilich sind bezüglich des Gottesdienstes die Katholiken besser gestellt als die Evangelischen, da in manchen evangelischen Kirchen auf dem Lande überhaupt nur ein Gottesdienst abgehalten wird. Es wäre daher erwünscht, daß der Termin für die Einführung dieser Art Sonntagsruhe um einige Jahre hinausgeschoben werde, damit man Zeit gewinne zu neuen Verhandlungen mit den Kirchenbehörden. Auch uns liegt es fern, die religiösen Interessen zu beeinträchtigen.

Staatssecretair Dr. v. Boetticher: Die Antwort könnte nach dem Wortlaute der Interpellation sehr kurz ausfallen. Mit der ersten Frage hat der Bundesrath sich bisher noch nicht beschäftigt, er konnte daher auch Maßnahmen, wie sie die zweite Frage anregt, noch nicht treffen. Ich kann aber mittheilen, daß die preußische Regierung einen Antrag vorbereitet, um eine weitere Zeit zu Vereinbarungen mit den Kirchenbehörden zu gewinnen. Zwar sind in 23 Regierungsbezirken Preußens alle Schwierigkeiten gehoben worden, in anderen aber bestehen sie fort, und doch kann nicht verkannt werden, daß die Fortbildungsschulen ein großes Bedürfniß für unser gewerbliches Leben sind. Wie die Dinge aber bei uns heute liegen, kann der Unterricht nicht immer an Wochentagen ertheilt werden, man muß den Sonntag zu Hülfe nehmen, schon weil vielfach sonst garnicht die nöthigen Lehrkräfte zu erlangen wären. In verschiedenen Landestheilen hat sich auch eine Vereinbarung treffen lassen, ohne daß die kirchlichen Interessen benachtheiligt werden. Es muß dabei allerdings Entgegenkommen von beiden Seiten geübt werden. Um ein solches zu ermöglichen, hat die preußische Regierung beim Bundesrath ein Gesetz beantragt, durch welches das Provisorium bis zum 1. October 1897 verlängert werden soll. Der Reichstag wird sich mit einer bezüglichen Vorlage noch zu beschäftigen haben.

Abg. Frhr. v. Manteuffel (cons.) beantragt die Besprechung der Interpellation.

Abg. Frhr. v. Stumm (Reichsp.): Ich muß darauf hinweisen, daß die Bestimmung der Novelle zur Gewerbeordnung auf einem Compromiß beruht und daß dieses auf die ausdrückliche Erklärung des preußischen Handelsministers hin zu Stande gekommen ist, daß es sich bis zum 1. October 1894 sehr wohl ermöglichen lassen werde, eine Neuregelung des Fortbildungsschulunterrichts zu treffen. Conservative, Reichspartei, Centrum und Nationalliberale stimmten deshalb dem damaligen Commissionsantrage zu. Wir dürfen nicht verkennen, daß unsere heutige Jugend weniger unter dem Mangel an Wissen leidet, sondern am Mangel an sittlicher und religiöser Erziehung. (Beifall rechts.) Man mußte deshalb dem Provisorium eine bestimmte Grenze setzen, sonst hätten die Communen gar keine Vereinbarung mit den Kirchenbehörden versucht, sondern hätten die Sache einfach auf die lange Bank geschoben. Es läßt sich für die heutigen Sonntagsschulen leicht eine Vereinbarung treffen dahin, daß der Unterricht am Sonntag Nachmittag ertheilt wird. Bei mir zu Hause hat sich das recht gut bewährt.

Preußischer Handelsminister Frhr. v. Berlepsch: Es ist richtig, daß die Regierung vor drei Jahren die Sonntagsheiligung auch für die Fortbildungsschulen als Grundsatz anerkannt hat. Sie hat aber mit der Mehrheit des Reichstages die Ansicht verfochten, daß der Sonntagsunterricht für diese Schulen unentbehrlich sei. Ich war allerdings damals der Ansicht, daß es gelingen werde, die entgegenstehenden Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen. Das ist leider bis jetzt nicht gelungen, namentlich nicht, soweit der Zeichenunterricht in Frage kommt. Für diesen brauchen wir nun einmal Tageslicht und eine ruhige Hand. Beides ist nur zu erlangen an den Sonntagsvormittagen. Für die Kirche wäre es am besten, wenn man vor Beginn des Unterrichts einen Gottesdienst einrichtete, da dann die jungen Leute noch frisch und eindrucksfähig sind. Theilt man den Unterricht in einen Früh- und Vormittagsunterricht, zwischen denen der Hauptgottesdienst abgehalten werden soll, so wird man schwerlich viele Schüler in die Kirchen gehen sehen. Wird das bestehende Provisorium nicht verlängert, so wird das Fortbildungsschulwesen ernstlich gefährdet, und von diesem Gesichtspunct aus bitte ich Sie den Entwurf, der Ihnen zugehen soll, zu prüfen.

Abg. Dr. Bachem (Centr.): Ich stehe vollkommen auf dem Standpuncte der Gewerbeordnungsnovelle, die das äußerste Entgegenkommen bezeichnete, das sich denken ließ. Es waren drei Jahre Zeit zu Vereinbarungen gelassen, und wenn es in dieser Frist nicht gelungen ist, ein Abkommen zu treffen, so wird es in drei weiteren Jahren auch nicht möglich sein. In den katholischen Ländern ist es auch, so viel mir bekannt, überall gelungen, einen besonderen Gottesdienst für die Fortbildungsschüler einzurichten. Das Entgegenkommen der katholischen Geistlichen hat es also ermöglicht, daß — wie Herr Osann bemerkte — die Katholiken hier besser gestellt sind, als die Protestanten. Die protestantische Kirche geht aber in vielen Fällen von der einmal festgesetzten Zeit für den Hauptgottesdienst nicht ab. Man kann ihr darin keine Vorschriften machen, der Staat muß die Einrichtungen der Kirche respectiren. Ich persönlich bin für die Verlegung des Fortbildungsschulunterrichts auf die Werktage. Für den Unterricht am Sonntag sind weder Lehrer noch Schüler begeistert. Auch der Zeichenunterricht ist nach meinem Dafürhalten bei gutem künstlichen Licht wohl möglich. Man könnte aber auch an einem Wochentage einige Vormittagsstunden dafür bestimmen. Gegen den Unterricht an den Werktagen sind aber vor Allem die Lehrherren, die es nicht gern sehen, daß ihren die jungen Leute für einige Stunden entzogen werden. Die jungen Leute sollen aber nicht nur ihr Handwerk, sondern auch noch manches Andere lernen. Vor Allem sollen sie doch noch erzogen werden, und in der Erziehung darf das religiöse Element nicht vernachlässigt werden. Deshalb muß man es den jungen Leuten ermöglichen, Sonntags die Kirche zu besuchen. Der Entwurf der preußischen Regierung wird somit auf freundliches Entgegenkommen seitens meiner Freunde nicht rechnen dürfen.

Abg. Dr. Meyer-Halle (freis. Vereinig.): Als man das Provisorium schuf, glaubte man, es würde von beiden Seiten in der Frage Entgegenkommen bewiesen werden. Solches haben aber leider die Kirchenbehörden in Berlin nicht gezeigt, obwohl die städtische Schulverwaltung kein Vierteljahr hat vorübergehen lassen, ohne von Neuem vorstellig zu werden. Man hat es kirchlicherseits rundweg abgelehnt, für die Fortbildungsschüler einen besonderen Gottesdienst mit dem Charakter eines Hauptgottesdienstes einzurichten, man hat es selbst abgelehnt, einen solchen Gottesdienst auf Kosten der Stadt zu veranstalten, mit der Motivirung, daß man nicht die Hand dazu bieten wolle, daß überhaupt noch am Sonntage unterrichtet werde. So haben wir es, nachdem wir einen Paragraphen geschaffen, der eigentlich in die Kirchenordnung gehörte, erleben müssen, daß die Kirchenbehörde einen Paragraphen macht, der in die Gewerbeordnung gehörte. Ich gebe zu, daß für die meisten Unterrichtsgegenstände die Verlegung auf die Werktage möglich ist, aber nicht für den Zeichenunterricht.

Kropatschek (Cons.) findet den Standpunct der kirchlichen Behörden correct.

Wurm (Soc.) tritt für den obligatorischen Fortbildungsunterricht an Wochentagen ein.

Moeller (nat.-lib.) vertheidigt die Motive der Interpellation.

Schall (Cons.) versucht die kirchlichen Behörden gegen den Vorwurf der Bildungsfeindlichkeit zu rechtfertigen.

Damit ist die Interpellation erledigt. Nächste Sitzung Freitag 1 Uhr.

(Interpellation Kardorff, betr. die Ausprägung von Silbermünzen.)

Colonial-Nachrichten.

* **Post in Ostafrika.** Die Abfertigung und Entfertung der nach dem Innern gehenden und aus dem Innern kommenden Posten übernimmt vom 1. Januar 1894 ab das kaiserliche Postamt. Zur Postabfertigung gelangen nur Briefe, Zeitungen und gewöhnliche Postpackete bis zum Gewicht von 5 kg. Die bis 24 Stunden vor dem Postabgange eingegangenen Briefe ꝛc. werden von dem kaiser-